

Anzeige



LeaderDevelopment in Führung, Kommunikation und Verkauf

NZZ Online

Freitag, 31. Oktober 2008, 16:14:34 Uhr, NZZ Online

Nachrichten > Zürich

27. Oktober 2008, Neue Zürcher Zeitung

Stadtzürcher Volksabstimmung vom 30. November

Wider die Grabenkriege zwischen AKW-Befürwortern und -Gegnern

Roland Stulz hält die ambitionösen Stadtzürcher Energiepläne theoretisch für umsetzbar

In Zürichs Gemeindeordnung soll der Verzicht auf Beteiligungen an neuen AKW verankert werden. Vorgesehen ist zudem, die Reduktion des CO₂-Ausstosses um den Faktor 9 bis ins Jahr 2050 festzuschreiben. Roland Stulz, Geschäftsführer von Novatlantis, einem ETH-Projekt für nachhaltige Entwicklung, bezeichnet diese Ziele als wichtiges Signal. Er warnt aber vor Grabenkämpfen zwischen AKW-Befürwortern und -Gegnern.

Interview: ami.

Sind Zürichs energiepolitische Ziele umsetzbar?

Roland Stulz: Die Ziele sind sehr ambitionös. Technisch sind sie umsetzbar, aber es braucht dazu politischen, unternehmerischen und ökonomischen Willen.

Was heisst das konkret? Wo müsste man ansetzen?

Ein wichtiger Teil ist die Effizienzsteigerung beim Bauen und Betreiben von Gebäuden sowie bei Fahrzeugen. Hier liegt noch Potenzial brach. Würde man etwa Neubauten nur noch nach Minergie- und Minergie-P-Standard bauen, konsequent energieeffizientere Geräte und Beleuchtungen einsetzen sowie Stand-by-Verluste eliminieren, wäre schon sehr viel gemacht.

Einer Stadt sind Grenzen gesetzt

Die Stadt kann ihre Bürger nicht dazu zwingen, die energieeffizientesten Geräte zu kaufen.

Einer einzelnen Stadt sind Grenzen gesetzt. Deshalb muss man bei der Gesetzgebung ansetzen. Meine Erfahrung hat mich gelehrt, dass es der Markt allein leider nicht richtet.

Der hohe Ölpreis setzt aber einiges in Gang. Etwa in der Autoindustrie.

Der Ölpreis ist zu volatil. Jetzt hat er sich ja wieder halbiert. Erste Ansätze mit kleineren Fahrzeugen, effizienteren Motoren und Hybridtechnologie zeichnen sich zwar ab. Wirklich energiesparende Fahrzeuge brauchen jedoch noch Jahre bis zur Marktreife.

Das eidgenössische Parlament müsste also schärfere Gesetze zur Energieeffizienz von Geräten festsetzen, CO₂-Abgaben auf Treibstoffe und Lenkungsabgaben und dergleichen einführen.

Ja. Denken Sie zurück an die 1980er Jahre. Damals hatten Kritiker behauptet, mit der Luftreinhalteverordnung und dem Energiegesetz verliere die Schweiz an Konkurrenzfähigkeit gegenüber dem Ausland. Und was passierte? Innerhalb von zwei, drei Jahren wurde die Heizkessel-Technik

revolutioniert, es entstanden neue Bau- und Fenstertechnologien. Quasi über Nacht verbrauchten neue Gebäude nur noch halb so viel Energie. Der Markt hat sich unheimlich schnell diesen neuen Vorschriften angepasst und davon profitiert. Firmen wie Hoval oder Elco wurden zu Marktführern in neuen Heiztechnologien.

Die Stadt ist gesetzgeberisch eingeschränkt. Darf sie sich denn so hohe Ziele setzen, wenn diese ohne Bund und Kantone unerreichbar bleiben?

Es ist sehr wichtig, dass Städte wie Zürich, Basel oder Genf vorangehen. Was Zürich macht, wird national und international wahrgenommen.

Städte müssen vorangehen

Ja, aber was nützen diese hehren Ziele, wenn man sie nur mit Hilfe des Bundes erreichen kann?

Auch dem Bund sind rasch die Hände gebunden, etwa bei der Baugesetzgebung. Aber da bewegt sich jetzt etwas. Die Musterverordnung der kantonalen Energiegesetzgebung wird vorbereitet. Diese legt nahezu Minergie als Standard fest. Energiepolitisch hat das Parlament in den letzten Jahren aber wenig progressiv gehandelt.

Als wie kritisch stufen Sie die Situation denn ein?

Unser Energieverbrauch ist gigantisch. Wir sind heute daran, eine CO₂- und Verbrauchsblase zu produzieren, die irgendwann einmal platzt. Auch in der Bauwirtschaft und bei den Haushalten gibt es heute noch zu wenig Anreize zu sparen. Die Industrie hingegen hat einiges gemacht, weil sich hier der geringere Verbrauch markant auf die Kosten auswirkt.

Welches sind denn die grössten Gefahren?

Auf nationaler Ebene wäre es verhängnisvoll, wenn sich die einzelnen Parteien und Interessengruppen im Energiebereich gegenseitig ausspielten und neutralisierten.

Was meinen Sie damit?

Es bestünde die Gefahr, dass weder neue AKW noch andere Grosskraftwerke gebaut werden könnten und gleichzeitig erneuerbare Energien sowie die ernsthafte Förderung von Energieeffizienz blockiert würden. In diesem Fall müsste die Schweiz zunehmend Energie aus dem Ausland importieren. Ein Weg, die Verhandlungen zu deblockieren, ist der sogenannte Energietrialog. Hier diskutieren Meinungsführer aus Wirtschaft, Wissenschaft und Gesellschaft über die Energiezukunft. Ziel ist es vor allem, die Fronten zwischen der nuklearen und nicht-nuklearen Seite aufzuweichen. Wir müssen vermeiden, dass wir wieder in diese plumpen Grabenkriege zwischen Befürwortern und Gegnern von AKW geraten. Ein Ja zur Vorlage wäre in Zürich vor allem ein Signal: Jetzt wollen wir erneuerbare Energien und Energieeffizienz. Das wäre sehr wichtig.

Wo holt denn Zürich künftig den Strom her, wenn die bestehenden AKW vom Netz müssen?

Das Elektrizitätswerk der Stadt Zürich (EWZ) hat langfristige Szenarien dazu entwickelt, mit und ohne Grosskraftwerke. Ich erwarte, dass eine Kombination verschiedener Technologien die Energieversorgung umweltfreundlich sicherstellen kann. Investitionen in erneuerbare Energien sind unabdingbar. Wenn hier ein Markt entsteht, dann entstehen neue Technologien, bessere Wirkungsgrade, und dann sinken die Kosten. Wichtig wird zudem die Geothermie.

Zu wenig Fachkräfte

Heute ist diese in den Kinderschuhen.

Wir reden hier von einem Zeithorizont von 30 Jahren. Aber genau das ist der Punkt. Je länger man zuwartet, desto schwieriger wird es. Die heutige Diskussion haben wir doch schon vor 20 Jahren geführt. Seither ist aber zu wenig geschehen.

Alternative Energien zu fördern, ist aber teuer.

Das ist eine Investition in die Zukunft, mit der neue Märkte erschlossen werden können. Das sieht man auch in Deutschland oder Skandinavien. In der Schweiz kommt aber ein weiteres Problem hinzu. Wenn die CO₂-Verbrauchsblase platzt oder wir ernsthaft Energieeffizienz oder die erneuerbaren Energien fördern wollen, können wir nicht gleich starten. Uns fehlen die Fachkräfte dazu. In unserem Ingenieurbüro etwa müssten wir zuerst einige Jahre die Architekten, die Haustechnikplaner, die Installateure ausbilden.

Die Signale aus der Wissenschaft sind kontrovers. Einige sagen, man könne nicht auf Atomenergie verzichten und gleichzeitig CO₂ einsparen.

Bis zu einem gewissen Grad stimmt das. Aber das Problem ist viel komplexer. Wenn man weltweit nur schon 10 Prozent des Energiebedarfs mit AKW abdecken möchte, müsste man Tausende von neuen AKW bauen. Doch wer baut die in so kurzer Zeit? Auch auf der Seite der erneuerbaren Energien wird oft nicht ehrlich argumentiert, wenn gesagt wird, Photovoltaik und Windkraft könnten die Atomkraft in 10 Jahren ersetzen.

Gegner der Abstimmungsvorlage sagen, mit der 2000-Watt-Gesellschaft werde Zürichs Lebensstandard auf das Niveau der Republik Kongo fallen.

Das ist unwahr. Die 2000-Watt-Gesellschaft soll ohne Einbussen der Lebensqualität realisiert werden. Das sind bedenklich hilflose Argumente. Entwicklungsländer wie Jemen haben einen Bedarf von 200 und nicht 2000 Watt pro Kopf. Und Zürich baut übrigens ein medizinisch hochmodernes 2000-Watt-Spital. Das ist die Zukunft.

GJOZJ

«Die 2000-Watt-Gesellschaft soll ohne Einbussen der Lebensqualität realisiert werden.»

Diesen Artikel finden Sie auf NZZ Online unter:

http://www.nzz.ch/nachrichten/zuerich/wider_die_grabenkriege_zwischen_akw-befuerwortern_und_gegnern_1.1173069.html

Copyright © Neue Zürcher Zeitung AG

Alle Rechte vorbehalten. Vervielfältigung oder Wiederveröffentlichung zu gewerblichen oder anderen Zwecken ohne vorherige ausdrückliche Erlaubnis von NZZ Online ist nicht gestattet.
